Gevelsberger Zeitung

Amtsblatt der Stadt Gevelsberg. **Gegr. 1878 als Ennepetal-Zeitung.**

Die Gevelsberger Zeitung erscheint werktäglich nachmittags. Bezugspreis: Ins Haus gebracht monatl. 4.50 Mk.; durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. (Postbestellgeld 57 Pfennig). Rotationsdruck und Verlag von Phil. Baltin, Gevelsberg. Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Gevelsberg, Mittelstraße 49. Fernsprecher Nr. 58 u. 59. Telegr.-Adresse: Zeitung Gevelsberg. Postschließfach Nr. 63. Postscheckkonto: Köln 15503.

General-Anzeiger

Anzeigengebühren: Für 1 mm Höhe (36 mm breit) 4 Pfg. im Reklameteil (75 mm breit) — Mk. einschließlich Anzeigensteuer. Beilagengebühr Mark das Tausend. Bei gerichtlicher Beitreibung kommt jeder Rabatt in Fortfall. Zeit- und Platzvorschriften werden möglichst berücksichtigt, jedoch ohne Gewähr. Erfüllungsort Gevelsberg. Aus unverlangten Einsendungen erwächst der Schriftleitung oder Geschäftsstelle keinerlei Verpflichtung.

Nr. 46. Donnerstag, den 24. Februar 1921. 44. Jahrgang

Versailles — London.

Kreise des Inlandes wie des Auslandes beliebten es, immer lebhafter eine Parallele zwischen den Verhandlungen über den Friedensvertrag in Versailles und die Reparationsfrage in London zu ziehen; ja es gibt Pessimisten bei uns und Optimisten in der Entente, die glauben, es werde in London gehen wie in Versailles. Der Auftakt sei derselbe gewesen: ein fester Wille bei der Entente — ein Unannehmbar bei uns! Dann werde auch der Schlußakkord derselbe sein: Deutschlands Unterschrift unter Protest!

Mancher besorgte Patriot fürchtet diesen Ausgang; darum müssen wir mit allem Nachdruck sagen, daß diese Befürchtung nicht nur ganz unbegründet ist, sondern daß dieser Ausgang ganz unmöglich erscheint. Es wird nämlich in der Oeffentlichkeit garnicht genügend beachtet, welch prinzipieller Unterschied zwischen Versailles und London besteht. Gewiß sind auch verwandte Linien zu finden: in beiden Orten diktiert ein harter Gegner — beide Diktate sind unausführbar, unrecht, brutal. Aber trotzdem sind die Wesensunterschiede recht scharf herauszuarbeiten.

In Versailles handelte es sich um die Beendigung des Kriegszustandes, man kann leider nicht sagen: um die Herbeiführung des Friedens. Der Gegner hatte es nicht nur in der Hand, sondern er war auch fest entschlossen, bei der Verweigerung der deutschen Unterschrift die kriegerischen Handlungen mit aller Energie sofort wieder zu eröffnen, so daß sich an den siebenmonatlichen Waffenstillstand ein neuer Krieg angeschlossen hätte. Der rasche Ausgang dieses neuen Krieges war jedem klar. Die Verweigerung der Unterschrift hätte die Uebel von unserem Volke nicht fern gehalten, sondern diesem nur erhöhte und vermehrte Leiden gebracht. Darum mußte im Interesse unseres Volkes in Versailles unterschrieben werden — das war eine rettende Tat für die Einheit unseres Reiches und die Existenz unseres Volkes. Wir haben aber auch damals vor der Leistung der Unterschrift der ganzen Welt deutlich gesagt, daß wir uns nur dem Zwange beugen, daß der Friedensvertrag unausführbar sei und daß wir nur das leisten würden, was möglich sei und unser Volk aufbringen könne. In Versailles hatten wir zwischen Aufnahme eines neuen Krieges oder Waffenruhe zu wählen; wir haben uns aus guten Gründen für letzteres entschieden.

Um ganz andere Fragen aber handelt es sich in London; die dortige Entscheidung ist für die Zukunft unseres Volkes von der höchsten Bedeutung. Aber ein neuer Krieg erwächst nicht aus London. Die deutsche Regierung muß und wird die Pariser Beschlüsse ablehnen! Sie steht nicht unter dem Druck, wie in Versailles. Was sie unterschreibt ist eine mehr oder weniger freiwillig gegebene Zustimmung, die sich erfüllen muß. Da aber die Erfüllung ganz unmöglich ist, darf nicht unterschrieben werden!

Es ist eine der wenigen annehmbaren Bedingungen des Friedensvertrages, daß wir nicht verpflichtet sind, die Gesamtschulden zu unterzeichnen! Die Entente setzt sie gemäß Art. 233 nach unserer Anhörung fest. Da ein deutscher Gegenvorschlag über den Gesamtschaden gar keine Aussicht auf Annahme hat und nur zu unserem Nachteil ausschlagen muß, darf man einen solchen garnicht machen. Wir verlieren dabei garnichts, wir risikieren auch garnichts. Die Entente wird dann in London wiederholen, was sie in Paris beschlossen hat — sie findet nur nicht unsere Unterschrift und nicht unsere Zustimmung.

Ist dann einstelig die Gesamtsumme festgesetzt, so beginnt hoffentlich die praktische Arbeit durch die Beantwortung der Frage: was soll nun in den nächsten fünf Jahren geschehen? Dies ist für beide Teile die nächste Sorge. Die Entente fordert in diesem Zeitraum 14 Milliarden Mark und 12 Prozent der deutschen Ausfuhr in diesen Jahren. Letzterem können wir nicht zustimmen; über erstere Summe läßt sich reden, sie muß aber herabgesetzt werden. Auch der Entente ist ein von Deutschland unterschriebener Schuldschein, der in fünf Jahren getilgt wird, wertvoller als die Milliarden auf dem Mond! Es ist Aufgabe der deutschen Politiker, den Weg für eine solche praktische Arbeit frei zu machen! Aber selbst, wenn auch eine solche teilweise Verständigung in London nicht erreicht werden sollte, so treten doch nicht die Folgen ein, die bei Ablehnung des Friedensvertrages unabänderlich gekommen wären; dann wird eben gemäß dem Friedensvertrag gearbeitet! Er kennt keine Ausfuhrabgaben.

Natürlich können wir das von der Entente Geforderte nicht aufbringen; aber sie muß sich in ihren Ansprüchen nach der deutschen Leistungsfähigkeit richten; diese Grenze darf die Entente nicht ohne Verletzung des Friedensvertrages überschreiten. Tut sie es doch, oder unternimmt einen Versuch in dieser Richtung, so gibt der Friedensvertrag selbst Deutschland die Wege an, wie es sich vor dem neuen Unrecht schützen kann, durch ein internationales Schiedsgericht.

So steht es im Vertrag von Versailles, was nicht genügend bekannt ist. Nach Art. 233 setzt die Reparationskommission wohl den Gesamtbetrag der deutschen Verpflichtungen fest; aber sie muß bei der Ausführung derselben nach Art. 234 vom „1. Mai 1921 ab von Zeit zu Zeit die Hilfsmittel und Leistungsfähigkeit Deutschlands erörtern, dabei muß sie „alle Beweismittel und Zeugenaussagen anhören" (Anlage 2 § 8), sich leiten lassen „durch die Grundsätze der Gerechtigkeit, der Billigkeit und des guten Glaubens." (§ 11.) Wenn die Kommission irgend eine dieser Vorschriften verletzt, so hat Deutschland nach Art. 17 des Friedensvertrages das Recht, sich „für die Beilegung der Streitfrage" der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zu bedienen (Art. 13); dieses Recht hat Deutschland auch gemäß Art. 17, wenn es dem Völkerbund nicht angehört. Daran wollen wir festhalten; denn das Recht auf schiedsgerichtliche Regelung der Streitfragen ist Deutschland durch den Friedensvertrag gerade in diesem Teil nicht genommen worden. Die Entente hat sich hier auch gebunden. Alle Strafmaßnahmen können erst nach Erledigung des Schiedsspruches einsetzen und dann nur die, welche im Friedensvertrag selbst festgestellt worden sind; jede andere Maßnahme ist eine Verletzung des Vertrages, den die Entente selbst nicht als einen „Fetzen Papier" ansehen darf, wenn es ihren Machtgelüsten zusagt.

So sehen wir, daß wir in London einen ganz anderen Boden unter uns haben als in Versailles, wenn wir auch nicht verkennen, daß an beiden Orten leider nicht das Recht entscheidet, sondern die Macht diktiert! Doch sehen wir London mit eisernem Willen entgegen, die Pariser Beschlüsse unter keinen Umständen zu unterschreiben, wohl aber für die nächsten fünf Jahre zu leisten, was möglich ist. Darum trotz allem: ruhig Blut!

Aus dem Reiche.

Eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit im Monat Januar.

Trotz aller Gegenmaßnahmen erfuhr die Arbeitslosigkeit im Januar eine weitere bedeutende Zunahme. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger allein ist von 335 000 auf 387 000 gestiegen. Mit dem Anwachsen der männlichen Unterstützungsempfänger stieg auch die Zahl der unterstützten Familienangehörigen erheblich, nämlich von 457 000 auf 495 000. Hierzu tritt die Zahl der Kurzarbeiter, d. h. die aus Mangel an Arbeitsgelegenheit nur verkürzt beschäftigt sind. Es muß angenommen werden, daß etwa 10 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung von der Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Keine Erhöhung der Brotpreise.

München, 23. Febr. Reichsminister **Dr. Hermes** machte gestern Vertretern der Presse gegenüber Mitteilung über die Frage der **Brotpreiserhöhung**. Er sagte, daß die Reichsgetreidestelle die Brotpreise **nicht erhöhen** werde und daß also mit einer Erhöhung in diesem Jahre **nicht gerechnet** werden kann. Was allerdings im neuen Wirtschaftsjahr eintreten werde, könne selbstverständlich heute noch nicht gesagt werden.

Die Umgestaltung in Preußen.

428 Abgeordnete.

Berlin, 24. Febr. Nach den **amtlichen Berechnungen des Landeswahlleiters wird sich der neue preußische Landtag aus 428 Abgeordneten zusammenstellen. Davon entfallen auf**

Sozialdemokratische Partei Deutschlands aus den Kreiswahlvorschlägen 97, aus der Berechnung der Reststimmen 10, aus Oberschlesien 7 Sitze, zusammen also 114 Abgeordnete.

Zentrum 64 und 6 und 11, zusammen 81.

Deutsch-Demokratische Partei 14 und 11 und 1, zusammen 26.

Deutschnationale Volkspartei 62 und 12 und 1, zusammen 75.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands 18 und 9 und 2, zusammen 29.

Deutsche Volkspartei 48 und 10, zusammen 58.

Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands 20 und 10, zusammen 30.

Deutschhannoversche Partei 9 und 2, zusammen 11.

Wirtschaftspartei des Mittelstandes 1 und 3, zusammen 4 (darunter ein Abgeordneter aus dem Landeswahlvorschlag).

Das sind also zusammen 428 Abgeordnete.

Der neue Landtag.

Nach den festgestellten Listen sind die Namen der neuen Landtagsabgeordneten nunmehr in allen Parteien bekannt. Wir begegnen vielfach bekannten Namen. Bei den Sozialdemokraten sind die heutigen preußischen Minister **Braun, Severing, Lüdemann** und **Hänisch** als Abgeordnete wiedergewählt. (Ihre Ministerherrlichkeit wird wohl vorbei sein.) Beim Zentrum finden wir **Dr. Porsch** wieder. Staatsminister **Hergt** vertritt nun die Deutschnationalen Berlins; **v. Kardorff** ist von Merseburg in die Deutsche Volkspartei entsandt. Bei den Demokraten finden wir die Minister **Fischbeck, Oeser** und Reichsminister a. D. **Schiffer** für den 22. Wahlkreis. Preuß ist nicht zur Wahl gestellt worden.

Oberbürgermeister **Dominicus** (Dem.) ist noch durch Listenverbindung zwischen Westfalen Süd und Nord in die Landesversammlung gelangt. Minister **Stegerwald** (Zentrum) **verdankt** sein Mandat dem 17. Wahlkreise, dessen sozialistische Wählerschaft auch Severing zum Erfolge verhalf.

Doppelwahlen sind nur wenige zu verzeichnen. **Dr. Dryander** wird sich zwischen dem 11. und 23. Wahlkreise, in denen er von den Deutschnationalen gewählt worden ist, zu entscheiden haben. Ein dreifaches Mandat sogar hat **Adolf Hoffmann** als kommunistischer Vertreter des 2., 3. und 4. Wahlkreises.

Unter den Unabhängigen bemerkenswert ist vielleicht Theodor **Liebknecht**, der weniger radikale Bruder des toten Karl Liebknecht.

Als Novum im parlamentarischen Leben wird ein **Ehepaar** seinen Einzug in das Preußenparlament halten. Es handelt sich um den deutschvolksparteilichen Abgeordneten **Garnich**, der im 2., und seine **Frau**, die im 4. Wahlkreise durchgekommen ist.

Im übrigen scheint das weibliche Element ziemlich schwach vertreten zu sein; kaum mehr als zwei Dutzend Frauen werden der Landesversammlung angehören. Von diesen stellen die Sozialdemokraten als stärkste Fraktion 13, die Deutschnationalen 5. Unter den Abgeordneten des Zentrums bemerkt man 3 **Frauen**, die Deutsche Volkspartei entsendet 5, die Unabhängigen und Kommunisten je 1. Keinen Platz findet das weibliche Element unter den Demokraten.

Deutscher Reichstag

Berlin, 23. Februar.

Eröffnung der Sitzung nachmittags 3 Uhr. Das Haus ist ziemlich schwach besetzt. Die Tribünen sind gut besucht.

Ein Antrag der Staatsanwaltschaft auf Genehmigung der **Strafverfolgung des Abg. Erzberger wegen Steuerhinterziehung und Kapitalflucht** und ein weiterer auf Strafverfolgung des Abg. **Reich** (Komm.) **wegen Diebstahls, Unterschlagung und Urkundenfälschung** werden dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Der Entwurf eines Gesetzes betreffend zeitweise **Aussetzung der Erhebung der Verkehrssteuer** auf den natürlichen Wasserstraßen des Reiches wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die

Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums.

Reichsarbeitsminister Dr. **Brauns**: Der Etat des Arbeitsministeriums schließt ab mit einem Gesamtzuschuß von beinahe **4 Milliarden**. Zu dieser Summe kommen gewaltige Aufwendungen für die Allgemeinheit. So sind eingesetzt 100 Millionen Reichszuschuß für die **Invalidenversicherung**, 120 Millionen für die **Wochenhilfe** und **Wöchnerinnenfürsorge**, 500 Millionen für die Versorgung der **Kriegsbeschädigten** und **Kriegshinterbliebenen** und

925 Millionen für neue Wohnungen.

Der Minister betonte nachdrücklich die Notwendigkeit, die Erwerbslosenfürsorge angesichts der schlechten Finanzlage des Reiches möglichst produktiv zu gestalten, und tritt der im Ausland sich geltend machenden irrtümlichen Ansicht entgegen, daß der deutsche Arbeitsmarkt nicht so ungünstig liege. Von den Maßnahmen des Arbeitsministeriums, die der **Erwerbslosigkeit** steuern sollen, erwähnt er den Entwurf eines Gesetzes über die **Ausgestaltung des Arbeitsnachweises**, der in Kürze dem Ministerium zugehen wird. Den Arbeiter- und Angestelltenverbänden, die sich zusammengetan haben, um durch Konsumgenossenschaften ihren Bedarf zu decken, sind für diese Zwecke Mittel zur Verfügung gestellt. Weiter ist eine **vorläufige Arbeitslosenversicherung** in Aussicht genommen. Eine endgiltige Regelung der Arbeitslosenversicherung soll so bald wie möglich herbeigeführt werden.

Die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger betrug am 1. Dezember 1920 349 282 und stieg am 1. Februar dieses Jahres auf 432 331,

die der unterstützten Familienmitglieder zu dem gleichen Zeitpunkt 352 000 bezw. 495 000, während im Januar 1920 für Erwerbslosenunterstützungen 50 Millionen Mark ausgegeben wurden, mußten im Januar dieses Jahres für denselben Zweck **113 435 000 Mark aufgewendet** werden. Der Minister bedauert, daß der Verband noch immer auf Lieferung der im Abkommen von Spaa festgelegten **Kohlenmengen** bestehe, anstatt uns Erleichterungen zu gewähren. Worten der Anerkennung und des Dankes für die deutschen **Bergarbeiter**, die die Erfüllung des Abkommens von Spaa ermöglicht haben, fügt der Redner die Erwartung hinzu, daß die gewerkschaftlich organisierten Bergleute Einsicht genug haben werden, durch friedliche Beratungen mit den in Betracht kommenden Stellen das **Reich** in die Lage zu versetzen, seinen **Verpflichtungen** nach innen und außen nachkommen zu können.

Eine Erhöhung des Kohlenpreises sei bedenklich,

da die Weltmarktpreise die Tendenz zeigen, sich uns in Industriepreisen zu nähern. Redner verbreitet sich sodann **über** die Forderung der Arbeitslosenfürsorge auf anderen Gebieten, **namentlich auf** dem der Urbarmachung von **Oedländereien** und schildert das Bestreben, die Lohnfragen überall mit den wirtschaftlichen Forderungen des Tages in Einklang zu bringen. Er regt mit Rücksicht auf die **verschiedenartigen Teuerungsverhältnisse im Reiche einen Ausgleich im Lohntarif**

an, indem er nach dem Vorbilde der Ortsklasseneinteilung bei den Beamten die Arbeitgeber zu ähnlichen Maßnahmen auffordert. An der Lösung dieser Aufgabe hätten die Führer der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ebenso wie der Reichswirtschaftsrat das größte Interesse, denn nur auf diesem Wege könnten die Lohnstreitigkeiten endgiltig beseitigt werden. Bislang habe aber das Arbeitsministerium seine Hauptarbeit gerade **auf** dem Gebiet der Schlichtung solcher Streitigkeiten leisten müssen. Der Tarifgedanke hat sich nunmehr durchgesetzt. **Es seien**

bereits 9,3 Millionen Arbeiter von Tarifen geschützt.

Die Verhältnisse gestatten leider die Beseitigung der Demobilmachungsbestimmungen immer noch nicht. Die Herstellung neuer Wohnungen im Bergbaugebiet und auf dem Lande **bleibt** die Hauptsorge des Ministeriums. **Notwendig** ist aber eine **Verbilligung der Baustoffe.** Wenn der Staat aber wenigstens die Verzinsung der Baukosten garantieren soll,

kann er dies nicht, ohne die Mietssteuer zu erheben,

über die dem Hause zu eine Vorlage zugegangen ist. Für 1921 hat das Reich etwa eine halbe Milliarde für die Förderung der Bautätigkeit als Vorschüsse zur Verfügung gestellt, desgleichen weiter 1½ Milliarden für Wohnungen im Bergbaugebiet. Somit ist für 1921 mit einer Hebung der Bautätigkeit zu rechnen.

Bisher sind 120 000 Arbeiterwohnungen errichtet worden.

Die private Bautätigkeit ruht aber vollkommen. Redner verbreitet sich sodann über die beabsichtigte Erweiterung bei der Rentengewährung, die Wiedereinführung der Zwangsversicherung für Hausangestellte, die Wochenhilfe usw. als Vorläufer der beabsichtigten Reform der Sozialversicherung. Die Angestelltenversicherung soll in gewissen Punkten ebenfalls abgeändert werden. Redner gibt im weiteren ein ausführliches Programm der beabsichtigten Reformen auf dem Gebiete des Versicherungswesens. **Er erklärt sich**

für unbedingtes Festhalten am Achtstundentag

und betont, daß eine ganz neue Schlichtungsordnung dem Ministerium bereits vorliegt. Die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge werden jetzt rascher gefördert. Desgleichen trete die Jugendfürsorge für die Kinder von Gefallenen und Beschädigten gut vorwärts. Die Lazarette dürften künftig nur wirklich Kranke verpflegen. Dieser Grundsatz werde strikt durchgeführt werden. Es seien aber

immer noch 26 000 Schwerkranke vorhanden,

sodaß der Abbau der Lazarette seine Grenzen hat. Er hoffe, daß der Geist der Volksgemeinschaft guten Boden in Deutschland finden werde.

Abg. Kaiser (Soz.) bedauert, daß von all den eben angekündigten Gesetzentwürfen noch nicht ein einziger dem Hause zugegangen sei. Der soziale Gedanke werde bei ihnen allen die Hauptsache sein, wie überhaupt die Sozialpolitik das Rückgrat unserer Gesetzgebung sei. Man mache das Volk erst gesund, dann wird es uns durch seine Arbeit wieder hochbringen. Den Opfern der Arbeit soll man nicht auf dem Wege der Versicherung, sondern durch eine allgemeine Fürsorge helfen. Wir wollen ein einheitliches Fürsorgegesetz, dessen Lasten von der Allgemeinheit aufgebracht werden.

Der Unfallverhütung muß größere Aufmerksamkeit geschenkt

werden. Wir fordern gerade jetzt die Einführung einer obligatorischen Familienversicherung und die Vereinheitlichung der gesamten Krankenkassen. Die Angestellten- und Invalidenversicherungen müssen verschmolzen werden. Die Leistungen der Angestelltenversicherung sind ungenügend, nämlich nur einhalb so viel wie die Privatversicherungen. Die Beiträge und Leistungen müssen erhöht werden. Wir wollen die Privatfürsorge nicht bloß für die Erwerbslosen, sondern auch für die Erwerbenden herbeiführen. Die Kinderzulage darf nicht abgeschafft werden.

Abg. Fick (Dem.): Die Verschmelzung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung erscheint uns unzweckmäßig. In der Erwerbslosenfürsorge darf man nicht so weit gehen, daß die Arbeiter ihrer Verantwortung für ihre Familien enthoben werden. Die Arbeiter müssen bereit sein, auch zu einem neuen Berufe überzugehen, wenn ihnen ihr alter Beruf eine Erwerbsmöglichkeit nicht mehr bietet. Diese Umstellung müßte gefördert werden. Dagegen haben sich die Maßnahmen der Demobilmachungsämter zur Streckung der Arbeit wenig bewährt. Redner bezeichnet die Arbeitsprobleme des Ministers wohlwollend und hofft, daß sie nicht auf die Schaffung eines neuen Wasserkopfes von Behörden hinauslaufen.

Die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse erkennen wir an.

Die Fülle der bewältigten Schiedssprüche scheine ihm aber zu beweisen, daß das Tarifsystem nicht das Allheilmittel sei, als daß es von der Linken gepriesen werde. **Den Achtstundentag wollen auch wir behalten. Aber wir verlangen auch, daß die acht Stunden voll ausgenutzt werden.** Hier muß eine gesetzliche Weisung vorgesehen werden. Redner schließt mit der Hoffnung, daß die Bergarbeiter aus nationalem Interesse ihre eigenen Forderungen zurückstellen werden.

Morgen mittag 1 Uhr: Weiterberatung.

Wie sich Erzberger von Wilson täuschen ließ.

Washington, 23. Febr. In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der Washington Times erklärte der frühere Reichsfinanzminister Erzberger über die Rolle Wilsons in der Wiedergutmachungsfrage, daß der gegenwärtige amerikanische Geschäftsträger in Berlin wenige Wochen vor Ueberreichung der Versailler Bedingungen an Deutschland Erzberger, den Grafen Brockdorff-Rantzau und andere Minister besucht habe. Er erwähnte, er sei im Auftrage Wilsons nach Berlin gekommen, der Wert darauf lege, zu erklären, wie hart der Präsident gearbeitet habe, um einen gerechten Frieden für Deutschland zu erzielen. Es sei Wilson gelungen, die ursprünglichen französischen Forderungen, die umfassende Annexionen für den Kolner Bezirk, Mainz und die Pfalz vorsahen, stark herabzusetzen. Nur für das Saargebiet hätten die Franzosen ihre Annexionspläne nicht aufgeben wollen, da sie erklärten, die Saarkohle als Ersatz für die zerstörten französischen Bergwerke zu brauchen. Wilson sei auch die Volksabstimmung in Oberschlesien zu verdanken, da die Franzosen eigensinnig darauf bestanden hätten. Oberschlesien für Polen zu annektieren. Auch in der Entschädigungsfrage habe er viel erreicht und den Grundsatz durchgedrückt, daß Deutschland nur für die Zerstörung von privatem und persönlichem Eigentum bezahlen sollte. Wilson hoffe, Deutschland werde ihn nach allem, was er für Deutschland getan, nicht im Stich lassen und sich nicht weigern, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Amerika sei sich bewußt, daß es hoffen müsse, Deutschland wieder aufzubauen, und wenn Deutschland unterzeichne, werde Wilson seinen Einfluß in Washington geltend machen, um Kredite für Deutschland zu sichern. Soweit sich Erzberger erinnert, habe der Geschäftsträger bei Brockdorff-Rantzau, dem er dieselbe Botschaft überbrachte, einen kühlen Empfang gefunden. Dann trafen die Verbündeten Bedingungen ein, und Erzberger, der sah, wie verschieden sie von allen bisherigen Ausführungen waren, ließ den Geschäftsträger einladen nochmals zur Besprechung nach Berlin zu kommen. Diesmal hielt es Wilson jedoch nicht für nötig, ihn nach Berlin zu schicken.

England und Deutschland.

Keine Illusionen!

London, 24. Febr. Es ist für die allgemeine Stimmung sehr kennzeichnend, daß die drei führenden großen Blätter Times, Morningpost und Telegraph die Londoner Konferenz mit Treugelöbnissen für Frankreich begrüßen. Die Times erklärt heute schon zum zweitenmal, daß alle Schwierigkeiten bald verschwinden würden, wenn man nur das Einvernehmen mit Frankreich fest im Auge behalte und die englisch-französische Politik als einzige ansehe. Die Morningpost sieht eigentlich den Zweck neuer Verhandlungen mit den Deutschen gar nicht ein, da in Paris alles Nötige entschieden worden sei. Lloyd George stehe unter dem Verdacht, den Friedensvertrag weder einmal revidieren zu wollen, und er möge bei diesem Geschäft nur recht vorsichtig sein, sonst könne es ihm den Hals kosten, denn das englische Volk hänge an Frankreich, während Deutschland noch immer der Feind sei. Tatsächlich suche Deutschland von den Ketten des Vertrages loszukommen, um seine alte Politik der Vernichtung Englands wieder aufnehmen zu können. Zweifellos seien bei allen kommunistischen Attentaten und Verschwörungen deutsche Agenten und deutsches Geld im Spiel. Solchen Unsinn würde die Morningpost nicht schreiben, wenn sie fürchten müßte, bei ihren Lesern Widerspruch zu finden, aber schließlich sagen die Daily Mail, der Daily Expreß und das Daily Chronicle auch nichts anderes, und man muß bei den kommenden Verhandlungen **immer im Auge behalten, daß das englische Volk nach wie vor in seiner Politik, in seinen Geschäftsinteressen und in seinen Neigungen deutschfeindlich orientiert ist.** Zu unseren Gunsten spricht nur die Einsicht weiter Geschäftskreise, daß Deutschland als Kunde und Mitarbeiter am Aufbau Europas nicht zu entbehren ist, und die Klugheit der leitenden Staatsmänner, die, wenn auch vorsichtig und mit Bedacht, über die augenblickliche Lagerung der politischen Verhältnisse und damit auch über den Verband hinaussehen. Auch die liberale Opposition gegen die Fortsetzung der Kriegspsychose ist zwar noch schwach, aber doch im Wachsen begriffen, und man weiß, daß Lloyd George ihre Entwickelung sehr sorgfältig beobachtet. So nimmt er zweifellos auch Vermerk von dem Standpunkt der Arbeiterpartei, die ja in ihrer jüngsten Kundgebung deutlich genug gegen die wahnwitzigen Entschädigungsforderungen gesprochen hat. Immerhin tun wir gut, für die kommenden Verhandlungen uns vor Augen zu halten, daß die englische Regierung den Standpunkt der französischen Regierung nach Möglichkeit unterstützen und zu dem ihrigen machen wird.

Der Reichswirtschaftsrat gegen die Pariser Beschlüsse.

Keine Veröffentlichung der deutschen Gegenvorschläge.

Berlin, 23. Febr. Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hielt heute nachmittag eine Sitzung ab, um zu den Pariser Beschlüssen und der Londoner Konferenz Stellung zu nehmen. Um die Verhandlung über die der Vollversammlung überwiesenen Fragen vorzubereiten, erstattete der Vorsitzende Direktor Krämer eingehend über die Verhandlungen d. Sachverständigen Bericht, der als vertraulich bezeichnet wird. Nach einer längeren Erörterung wurde eine Entschließung angenommen, die der Vollversammlung morgen vorgelegt werden soll. Der Ausschuß war sich über den Inhalt der Entschließung vollständig einig. Die genaue Formulierung soll bis zur morgigen Sitzung des Reichswirtschaftsrates erfolgen. Die Entschließung wendet sich gegen die Pariser Beschlüsse und kommt zu einer glatten Ablehnung. Dagegen befaßt sie sich nicht mit den von Deutschland in London zu unterbreitenden Gegenvorschlägen. Ueber diese wird vollständiges Stillschweigen bewahrt und eine Bekanntgabe in der Oeffentlichkeit wird nicht vor der Ueberreichung in London erfolgen. Ueber die deutschen Gegenvorschläge wurde auch in der Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses von dem Direktor Krämer nur andeutungsweise Mitteilung gemacht, so daß man über den materiellen Inhalt der Gegenvorschläge nicht näher unterrichtet ist.

Deutsche Schande.

Den „Freien Landarbeiter" wird folgender Bericht eines Reisenden veröffentlicht:

Als ich vorgestern von Königsberg kam, fuhren in dem Zuge auch **französische Offiziere.** Sie machten einen verhältnismäßig manierlichen Eindruck, zwei von ihnen konnten auch ganz gut deutsch sprechen. Wir ließen uns mit ihnen in ein Gespräch ein, und sie erzählten, daß sie in die Provinz führen, um nach Waffen zu suchen. Dabei sagte der eine: „Wir Franzosen kümmern uns nicht um die Waffen, die noch vorhanden sind. Wir wissen, daß die Deutschen das meiste abgeliefert haben; mit dem, was sie noch haben, können sie nicht gefährlich werden. Aber **es gibt deutsche Schufte, die zeigen immer an,** Wir haben Briefe erhalten, und nun müssen wir revidieren."

Wie sehr ich mich da geschämt habe, erzählte der Bekannte, das kann ich nicht beschreiben! „Es gibt deutsche Schufte!" — Wann werden doch endlich die Deutschen fühlen, daß sie Glieder desselben Volkes sind? Was bezwecken diejenigen, die die Anzeigen erstatten? Wem wollen sie damit nützen? Es steigt einem der Ekel über die gemeine Handlungsweise auf, die sich nicht scheut, unserem größten und raubgierigsten Feinde, den Franzosen, deutsche Volksgenossen zu denunzieren.

Wer sind nun diejenigen, die diese Briefe schreiben, um derentwillen die französischen Offiziere Nachforschungen anstellen müssen? Ich besprach mit meinem Bekannten auch diese Frage und wir kamen zu folgendem Ergebnis: Das müssen Leute sein, die ein besonderes Interesse haben. Da nach den Reden der Offiziere Geld für die Anzeigen nicht gezahlt wird, müssen andere Beweggründe vorliegen. Dann kann es sich nur um solche Leute handeln, die da wollen, daß wir völlig waffen- und wehrlos werden, die gegen Einwohnerwehren und Selbstschutz Sturm laufen, also Kommunisten und Unabhängige. Was für verblendete und verdorbene Volksgenossen haben wir da unter uns? Der Franzose spricht von deutschen Schuften, und der Deutsche kann darauf nichts erwidern, er muß sich schämen!

Die amtliche Festsetzung der oberschlesischen Volksabstimmung.

Oppeln, 24. Febr. Von der interalliierten Kommission wird amtlich mitgeteilt: Durch Vorschrift der interalliierten Regierungen und der Plebiszitkommission für Oberschlesien vom 23. Februar 1921 findet die Volksabstimmung am 20. März statt.

Politische Verhaftungen in Wiesbaden.

Frankfurt, 24. Febr. Nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung haben die französischen Behörden in Wiesbaden die Führer der Deutschnationalen Volkspartei festgenommen, weil sie Abbildungen von Straßburger Münster und aus den Befreiungskriegen verbreiteten.

Zur Festnahme von Führern der Deutschnationalen Volkspartei durch die französischen Behörden ist es an **verschiedenen Orten** des Rheingaues gekommen, weil Flugblätter mit Abbildungen des Straßburger Münsters und bildliche Darstellungen aus den Opferlagen aus den Befreiungskriegen verbreitet wurden.

In Wiesbaden wurden außerdem zwei Führer der Deutschen Volkspartei, Rechtsanwalt Krücke und Sekretär Anding vorübergehend festgenommen, weil sie für die Ausführungen Stresemanns in einem hiesigen Vortrag über den Versailler Frieden verantwortlich gemacht wurden. Stresemann war rechtzeitig ins unbesetzte Gebiet entkommen.

Frankreichs Elektrizitäts-Versorgung.

Paris, 23. Febr. Die französische Regierung hat jede Einschränkung im Gebrauch von Elektrizität ab 15. März aufgehoben. Diese Einschließung erstreckt sich vorerst auf die Sommermonate. (Auch diese Aufhebung bestätigt, daß Frankreich über hinreichende Kohlenmengen verfügt, und trotzdem sollen weitere Lieferungen von Deutschland erpreßt werden.)

Die Polen stürmen ein deutsches Gefängnis.

In Zawadzki wurde gestern am späten Abend das Gefängnis vom polnischen Sokol aus Rache gestürmt. Der Grund war die Verhaftung und Festnahme eines Polen, der sich unrechtmäßigerweise in eine ordnungsmäßig angesetzte Haussuchung eingemischt hatte. Vom Kreiskontrolleur wurde von Oppeln ein Zug nach Groß-Strelitz angefordert, um Truppen nach Zawadzki zu befördern. Selbstverständlich kamen die angeforderten Truppen zu spät.

Wie in Belgien liquidiert wird.

Aus einwandfreier Quelle erfährt der Nordwestdeutsche Verband des Bundes des Auslandsdeutschen, wie die Liquidatoren mit deutschem Eigentum im Ausland verfahren. Der hier geschilderte Fall spielt in Belgien. Ob in anderen Staaten anders verfahren wird, muß füglich bezweifelt werden. Ein Deutscher aus Belgien zurückgekehrter Kaufmann erzählt, daß wertvolle Möbel für lächerliche Schleuderpreise verkauft werden, z. B. für gepolsterte, federbespannte Stühle 50 Centimes (nach deutschem Geld 2,20 Mark) das Stück. Einrichtungen, die einen Wert von etwa 50 000 Mark darstellten, er-

---

Die Briefe der Prinzessin.

Von E. Ph. Oppenheim.

23) (Nachdruck verboten.)

„Keinesfalls," erwiderte er ernsthaft, „wenn ein Mann bei der Hand ist, der Sie so schrecklich gern dahin begleiten möchte, wie ich."

Die Komtesse klatschte in die Hände.

„Hörst du, Margot?" rief sie.

„Ich höre," sagte das junge Mädchen ernst und ruhig.

Die Komtesse verzog ihr Gesicht zu einer kleinen Grimasse.

„Du bist in einer unmöglichen Laune, Herzchen," sagte sie. „Immerhin, ich entscheide mich für das Eldorado-Theater und für die Begleitung des Herrn Hollfelden, wenn er es wirklich ernst gemeint hat."

„Ich versichere Sie," sagte er eilig, „daß Sie mir die größte Freude bereiten würden, dürfte ich Ihnen meine Dienste zur Verfügung stellen."

Die Komtesse nickte ihm noch einmal freundlich zu und stand auf.

„Sie sind gerade zur rechten Zeit gekommen, mich vor völliger Verzweiflung zu bewahren, Herr Hollfelden," sagte sie lächelnd. „Ich will Ihnen ein Geständnis machen, das Sie beglücken muß: wir Frauen können die Gesellschaft von Männern nicht länger als auf höchstens drei Wochen entbehren. Und da ich sie schon seit Monaten entbehren muß, können Sie unschwer das traurige meines Zustandes erkennen. Hier," fügte sie hinzu und nestelte eine Börse aus Goldgeflecht von ihrem Gürtel los, „wenn Sie so freundlich sein wollen und den Kaffee für uns bezahlen? Vielleicht sind Sie später so liebenswürdig und besorgen uns auch einen Wagen und die Billets. Margot und ich machen uns inzwischen in der Garderobe fertig, am Ausgang des Kaffees können wir uns treffen."

Heinz erhob sich ebenfalls.

„Der Wagen wird bereit sein, und ich werde sofort telephon sch eine Loge im Eldorado-Theater bestellen," sagte er. „Es wird da ein neues Ballet gegeben, das sich alle Welt ansieht."

Er bediente sich zur Bezahlung des Kaffees natürlich nicht ihrer wohlgefüllten Börse, die er in seiner Tasche verwahrte. Aber als er den Kellner abgefertigt hatte, sah er, daß die beiden einen Brief auf der Tischplatte hatten liegen lassen, dessen Briefmarke nicht abgestempelt war. Unwillkürlich las er die Adresse, als er das Schreiben aufnahm, um es den beiden Frauen zu überbringen. Es war an „Frau Gräfin Maria Waldendorff, auf Schloß Buckberg (Post Oberbayern)" gerichtet.

In der Garderobe ließen die Komtesse und Margot sich die Mäntel umlegen.

„Das also ist Herr Hollfelden," sagte die Komtesse dann, während sie vor einem Spiegel ihre Frisur ordnete.

„Ja! Ich wünschte, du hättest ihn gehen lassen," erwiderte Margot, und ein leichtes Zittern überflog ihre schlanke Gestalt.

Die Komtesse lachte leise.

„Weshalb?" fragte sie. „Ich finde, er ist ein sehr angenehmer junger Mann. Und wer kann wissen, ob er uns nicht noch nützlich sein kann?"

Margot machte eine ungestüme Bewegung.

„Vergißt du, wie sehr ich ihm schon zu Dank verpflichtet bin?" sagte sie heftig.

Die Komtesse machte eine beschwichtigende Bewegung und deutete mit einer unmerklichen Kopfbewegung auf die Garderobiere, die neugierig lauschte.

„Eben, weil ich es nicht vergesse, duften wir ihn nicht fortschicken," sagte sie. „Es hätte sich nicht mit den Pflichten gegen die Dankbarkeit vertragen."

Margot zuckte die Achseln und senkte müde den Kopf.

„Wenn du wüßtest, warum ich ihn habe fortschicken wollen!" murmelte sie leise, so leise, daß die Komtesse es nicht verstand. Fragend sah sie das junge Mädchen an, aber Margot sagte nur:

Du hast mich diesmal nicht recht verstanden, Liebe. Aber es ist ja nun nichts mehr daran zu ändern. Komm!"

Und Arm in Arm verließen sie die Garderobe.

9. Kapitel.

Die Komtesse, die einen Vorderplatz an der Logenbrüstung inne hatte, ließ ihre Lorgnette sinken und wandte sich nach dem Hintergrund der Loge zurück, wo Heinz Hollfelden saß.

„Da unten im Parkett sitzt ein Herr, für den wir interessanter zu sein scheinen, als die Vorstellung auf der Bühne. Denn es sind jetzt mindestens fünf Minuten, seitdem er angefangen hat, zu mir herauszustarren. Leider sehe ich trotz meiner Gläser zu schlecht, um sein Gesicht genau zu erkennen. Aber wenn mich alles täuscht, ist er so etwas wie ein alter Bekannter."

Hollfelden neigte sich vor, und er brauchte nicht lange zu suchen, um unten im Parkett den Mann zu entdecken, von dem die Komtesse gesprochen hatte. Es war Doktor Dombrowskis blutloses, gelbliches Gesicht, das unbeweglich zu der Loge emporgewendet war. Nun hatte auch der Pole den jungen Schriftsteller erkannt. Er grüßte mit einer Kopfbewegung, und Hollfelden gab natürlich den Gruß zurück.

„Ah, der Herr gehört zu Ihrer Bekanntschaft?" sagte die Komtesse, sichtlich interessiert. „Vielleicht einer Ihrer Freunde?"

„Er ist Mitglied eines Klubs, dem auch ich angehöre," erwiderte der Gefragte, der es noch immer halb instinktiv vermieden hatte, Dombrowski seinen Freund zu nennen.

„Darf man seinen Namen erfahren?"

„Es ist ein Doktor Gregor Dombrowski."

„So hat mein sonst recht schlechtes Gedächtnis mich diesmal wirklich nicht getäuscht."

„Komtesse sind ihm schon früher begegnet? Hier in Berlin?"

„Nein — nicht hier! Warten Sie ein wenig — ich muß mich besinnen. Margot und ich — wir sind während der letzten Jahre so viel in der Welt herumgekommen, daß sich Personen und Ereignisse in meinem Kopf zuweilen ein bißchen verwirren. Aber jetzt erinnere ich mich. Es war in Ostende, wo ich mit Herrn Doktor Dombrowski bekannt wurde. Auch du hast ihn vielleicht im Gedächtnis behalten, liebe Margot?"

Das junge Mädchen, dessen Augen seit dem Moment ihres Eintritts unverwandt auf die Bühne gerichtet geblieben waren, wie wenn sie durch ihr erheucheltes Interesse an der Vorstellung einem Gespräch mit ihrem Begleiter ausweichen wollte, schüttelte den Kopf.

„Nein, ich erinnere mich nicht," sagte sie kühl, um fast ohne Pause hinzuzufügen:

(Fortsetzung folgt.)

gielten einer Erbs von mitunter nicht 1000 Franken. Diese niedrigen Zahlen werden also von den Wiederherstellungsschulden abgeschrieben, wodurch nicht nur der einzelne Besitzer, sondern auch das Reich aufs schwerste geschädigt wird. Es muß entschieden gefordert werden, daß den früheren Besitzern ein Vorkaufsrecht für ihr Eigentum zu demselben Preis zusteht, den die Liquidatoren bei dem Verkauf der beschlagnahmten Gegenstände erzielen. Mit solchen Worten erklärte das belgische Gesetz, daß beschlagnahmtes Gut mit der Sorgfalt eines Hausvaters zu verwalten ist.

Sowjetrußland rüstet.

Das von der Hauptlederverwaltung ausgearbeitete Produktionsprogramm für 1921 ist in der Hauptsache auf Heereslieferungen eingestellt. Nach der Moskauer „Iswestija" ist die Herstellung folgender Mengen vorgesehen: 9 162 000 Paar Militärstiefel, 156 000 Sättel, 192 000 Geschirre für Trainpferde, 19 000 Geschirre für Artilleriepferde und 9 096 000 Stück Lederjacken und sonstige Ledersachen für die Marine. Gegenüber diesen Mengen fallen die übrigen Produkte, deren militärische Bestimmung nicht ausdrücklich angegeben ist, zum großen Teil, wie z. B. Fausthandschuhe wohl auch für die Rote Armee bestimmt sind, nicht so stark ins Gewicht.

Der Prozeß gegen die „Rote Armee"

Kassel, 22. Febr. Im Verlaufe der Vernehmung des Angeklagten Schroer kam unter anderen Dokumenten auch ein Befehl zum „Handeln" zur Sprache, in dem es wörtlich heißt: „Herne nimmt den Ort, gibt Hilfe nach Dortmund; Herne nimmt dann den Flugplatz. Darauf gemein amer Angriff nach Norden." Auf Befragen des Vorsitzenden bemerkte der Angeklagte Schroer, daß er dieses Schriftstück von Zaiser bekommen habe und daß es sozusagen als eine Art Kriegsgeschichte über den Kapp-Putsch aufzufassen sei. In einem anderen Befehl vom 5. Januar 1921 heißt es: „Die Bezirke müssen die Unterbezirke sofort in Kenntnis setzen, daß alle Waffen, die bisher vergraben waren, bis spätestens Ende Januar ausgegraben und gut gereinigt werden müssen. Ueberhaupt muß bis dahin alles klar zum Gefecht sein." Der Angeklagte bemerkte hierzu, daß er lediglich eine Gegenaktion gegen einen Angriff von rechts vorbereiten wollte, über den ihm bestimmte Nachrichten vorgelegen hätten.

Hierauf gelangte eine Reihe weiterer Briefe und Quittungen zur Verlesung.

Auf Befragen des Vorsitzenden, was er mit dem falschen Paß machen wollte, gab der Angeklagte Schroer an, daß er nach den Kapptagen ins besetzte Gebiet habe gehen wollen. Ein anderes Schriftstück wurde sodann besprochen, das in Schlüsselschrift hergestellt ist und in dem gedeckte Telegrammadressen enthalten sind. „Können Sie liefern?" — „Gleich Alarm" — „Sofort bezahlt, sonst Klage" — „Aktion" — „Klage wird erhoben" — „Gleich l. schl." (loslagen) — „Ablieferung erfolgt" — „Gleich Alarm zu Ende". — In einem anderen Schriftstück werden Klingmüller zum Leiter der strategischen Abteilung, Lohagen und Rabbig zu Leitern der Abteilungen des Verkehrs und der Nachrichten und Küster zum Leiter der Abteilung Verpflegung bestellt. Der Angeklagte Schroer erklärt hierzu, daß die Papiere ihm unbekannt seien.

Rechtsanwalt Dr. Wolff: Ich bitte die Polizeibeamten zu laden, die dieses Material beschlagnahmt und transportiert haben. Ich behaupte, daß ein Teil des Materials nach der Beschlagnahme hineingeschmuggelt worden ist, um die Angeklagten zu belasten.

Staatsanwalt Dr. Meyer: Ich habe diese Behauptung vorausgesehen. Ich habe deshalb das Material behütet.

Vors. (aus einem Notizbuch des Angeklagten vorlesend): „Wesel 1100 Mann Besatzung, im Falle der Aktion festlegen auf Verteidigung. Besetzung der Bahnstrecke." Dann folgt die Anlage der Bewaffnung nach Gewehren, Pistolen, Panzerautos.

Angekl.: Das Schriftstück bezog sich auf die Besetzung Wesels.

Vors.: Mir liegt ein Brief vom 13. Dezember 1920 vor, in dem es heißt: „Anfang oder Mitte Januar erwarten wir den Zusammenstoß. Wir werden gerüstet sein." In dem Schriftstück wird dann Mitteilung über die Erfindung eines revolutionären Arbeiters gemacht. Es handelt sich um eine Erdmine zur Tankabwehr.

Vors.: Das Schriftstück ist mit Alfred und Hans unterzeichnet. Alfred ist Ihr Deckname und Hans der für Zaiser. Was hatte der damit zu tun? Es ist doch auffallend, daß auch er mit darunter steht.

Angekl.: Das hat mit Zaiser nichts zu tun. Ich habe von Berlin die Anweisung erhalten, so zu unterzeichnen.

Vors.: Was heißt denn M. B. Z.:

Angekl.: Darüber habe ich mir noch keine Gedanken gemacht.

Vors.: Woher bekam denn die M. B. Z. das Geld?

Angekl.: Das weiß ich nicht, vielleicht aus dem Propagandafonds der Partei. (Bewegung.)

Vors.: Ihre Genossen haben doch den Sowjetstern getragen, deutet das nicht auf eine Verbindung mit Sowjetrußland hin?

Angekl.: Das ist nur ein Symbol.

Vors.: Hat nicht die M. B. Z. ihr Geld aus Rußland bezogen?

Angekl.: Das kann ich nicht behaupten.

Vors.. zum Angeklagten Schroer: Bei der Aussage Rabbich war ein Referat von ihm erwähnt worden, in dem davon die Rede war, daß die Aktion um 14 Tage verschoben werden müßte. Darin wird auch der Ausdruck K. O. erwähnt. Was nennen Sie denn K. O.?

Angekl.: Das heißt Kurier-Organisation.

Vors.: Diesen Ausdruck hören wir ja zum ersten Male.

Staatsanwalt Dr. Meyer: Ich bitte Schroer und die übrigen Angeklagten zu befragen, ob sie mit der Redaktion der Roten Fahne in Verbindung gestanden haben und von dort Material erhielten.

Die Angeklagten verweigerten auf diese Frage die Aussage.

Darauf trat eine Mittagspause ein.

Der Essener Wasserturmprozeß.

Essen, 22. Febr. Heute ist der 10. Verhandlungstag. Der Andrang im Zuhörerraum ist nicht so stark als gestern, da Thombrock zum zweiten Male vernommen wurde. Gleich zu Beginn der heutigen Verhandlung werden u. a. folgende für den weiteren Verlauf des Prozesses wichtige Beschlüsse verkündet. Es wird als wahr unterstellt, daß die Angeklagten in Essen am 19. März 1920 das Bewußtsein gehabt haben, sie müßten zum Schutze der Reichsverfassung die Stadt Essen in Besitz nehmen und den Wasserturm erobern. Die Anträge der Verteidigung auf Ladung der Zeugen Oberbürgermeister Dr. Luther, Polizeipräsident zur Nieden, Huisemann, Brauß und andere wird auf Grund des ersten Beschlusses abgelehnt. Der Vorsitzende teilt dann mit, daß noch eine Anzahl von Leuten aus der unmittelbaren Umgebung des Wasserturms zur Vernehmung geladen worden seien, um Aufklärung über die Vorgänge vor der Uebergabe des Turmes zu erhalten. Die Verteidigung erhebt gegen diese vom Vorsitzenden ausgehende Ladung weiterer Zeugen Einspruch. Die Verteidigung schlägt Ergänzung der Voruntersuchung und Abbruch der gegenwärtigen Verhandlung vor. Für die Angeklagten beantragen sie Haftentlassung, weil gegen keinen wirklich Belastendes vorgebracht worden sei. Es kommt hierauf zum Gerichtsbeschluß, der ergibt: Der Antrag auf Aussetzung der Hauptverhandlung und Eröffnung der Voruntersuchung wird abgelehnt, da die Eröffnung einer Voruntersuchung nach der Eröffnung des Hauptverfahrens unzulässig ist und das Gericht von Amtswegen nicht nur befugt, sondern sogar verpflichtet ist, neue Beweismittel herbeizuschaffen, da eine für wichtig erachtete Tatsache (Schießen aus dem Turm nach Hissen der weißen Flagge) zweifelhaft geworden ist und da nicht geltend gemacht ist, daß die zur Einziehung von Erkundigungen erforderliche Zeit der Verteidigung fehlt, der Verteidigung auch diese Zeit gewährt ist.

Nach Abschluß der Zeugenvernehmung Thombrocks wurde dieser auf Grund einer gegen ihn erhobenen Anklage der Dortmunder Staatsanwaltschaft von den Essener Sicherheitsorganen verhaftet. Auf dem Wege vom Landgericht zum Polizeipräsidium hat er einen Selbstmordversuch verübt. Eine Gefahr für sein Leben besteht nicht.

Aus Stadt und Land.

Gevelsberg, 24. Februar.

— **Glocke-Konzert.** Wie vor mehreren Tagen bereits an dieser Stelle angekündigt, veranstaltet morgen abend im Hotel zur Haufe der Quartett-Verein „Glocke" Gevelsberg unter Leitung seines Dirigenten W. Griesenbeck ein Wohltätigkeits-Konzert, dessen Reinertrag für die „Kinder in Not" bestimmt ist. Der Abend wird mit einer reichhaltigen Vortragsfolge ausgefüllt sein, bei der auch auswärtige Kräfte von bestem Ruf mitwirken. Da der Ueberschuß für den bereits erwähnten wohltätigen Zweck bestimmt ist, wird die Bevölkerung gebeten, die Veranstaltung durch zahlreichen Besuch zu unterstützen, damit unseren „Kindern in Not" soviel wie möglich geholfen werden kann. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Plätze nicht numeriert sind, wie vielerseits angenommen worden ist. (Siehe diesbezügliche Anzeige im Anzeigenteil.)

Westfalen und Rheinland.

* **Langerfeld, 24. Febr.** Die 21jährige Lotte Stein aus Barmen, welche, wie bereits gemeldet, am Sonntag nachmittag auf der Barmerstraße beim Abspringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen unter die Räder des Anhängewagens geriet, ist an den Folgen der Verletzungen im städtischen Krankenhaus in Barmen gestorben. Es hätte nicht viel gefehlt, so hätte sich am gleichen Tage und ungefähr an derselben Stelle kurz nach dem oben erwähnten schweren Unfall ein zweites gleichartiges Unglück ereignet. Wieder sprang ein junges Mädchen von einem fahrenden Wagen der Straßenbahn und stürzte dabei auf die Straße. Nur der Umstand, daß kein Anhängewagen mitgeführt wurde, bewahrte das Mädchen vor dem Schicksal ihrer vorher verunglückten Geschlechtsgenossin. Wir glauben unserer gestrigen Mahnung zur Vorsicht kein Wort hinzufügen zu brauchen.

* **Wattenscheid, 23. Febr.** Der von den Gemeinden des Amtes Wattenscheid für 1920 zu deckende Fehlbetrag beläuft sich auf 2 033 600 Mark.

hn. **Plettenberg, 24. Febr.** Weil er die Schlußprüfung an der Realschule nicht bestand, brachte sich der Schüler Ernst Heilbrunn, Sohn eines hiesigen Metzgermeisters, mit einer Pistole einen tödlichen Schuß in die Schläfe bei.

* **Arnsberg, 24. Febr.** Der Rittergutsbesitzer Scheffer-Hoperhöfen stiftete seiner Heimatgemeinde Sundern je 100 000 ℳ für den Neubau der Rochuskapelle und für den Bau einer Krieger-Gedächtniskapelle, 250 000 ℳ für die Errichtung eines Krankenhauses in Sundern und 300 000 ℳ für den Bau einer Lungenheilstätte im Kreise Arnsberg.

* **Dortmund, 24. Febr.** Wegen der hier herrschenden großen Wohnungsnot macht das hiesige Wohnungsamt folgendes bekannt: Jungverheiratete Eheleute, die vor Vollendung des 25. Lebensjahres des Ehemannes geheiratet haben, werden jetzt und in absehbarer Zeit nicht mehr in die Dringlichkeitsliste eingetragen und erhalten daher keine Wohnung. Ist die Eheschließung in der Zeit zwischen dem vollendeten 25. und 35. Lebensjahr des Ehemannes erfolgt, so findet die Aufnahme in die Liste der Wohnungssuchenden bei Vorliegen besonders triftiger Gründe statt. Nur wenn die Ehe nach dem vollendeten 35. Lebensjahre des Ehemanns geschlossen ist, soll die Dringlichkeit für eine Wohnungszuweisung zuerkannt werden.

* **Münster, 23. Febr.** Wegen Nichtablieferung von Brotgetreide verurteilte die Strafkammer fünf Landwirte aus Hülsten im Kreise Borken zu 15 000 bis 3000 Mark Geldstrafe und drei von ihnen zugleich zu zwei Wochen bis fünf Tagen Gefängnis; zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Das Gericht nahm an, daß die Angeklagten, das Getreide verschoben oder verfüttert hätten.

* **Wipperfürth, 23. Febr.** Auf eigenartige Weise ist die von einem Privatunternehmer eingerichtete Personen-Kraftwagen-Verbindung Cürten—Wipperfürth—Lindlar stillgelegt worden. Das Auto wurde als es hier zur Aufnahme von Fahrgästen vor der Scherschen Wirtschaft hielt, von zwei Männern in Bewegung gesetzt und entführt. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß der Urheber des Streiches der in Köln wohnende Besitzer des Kraftwagens gewesen ist, dem die von den Insassen bisher geleisteten Ratenzahlungen nicht genügten und der deshalb das Auto auf diese Weise wieder in seine Gewalt brachte. Der Mann wurde festgenommen und der entführte Kraftwagen beschlagnahmt.

* **Essen, 24. Febr.** Auf der Zeche Sälzer und Neuack wurde ein Arbeiter, der seine Kameraden bestohlen hatte, vom Betriebsausschuß gezwungen, sich in der Waschkaue zu jedermanns Anblick auf eine Bank zu stellen, wobei ihm ein Schild um den Hals gehängt wurde mit der Aufschrift: „Ich stahl meinem Arbeitskameraden sein letztes, sauer verdientes Geld!"

Die ganze Unterredung mit dem Kaiser erschwindelt.

Es wird berichtet, daß ein englisches Blatt von der Haltung des „Daily Expreß" so abgelehnt hat, die Unterredung „Petermeyer" in Amerongen zu veröffentlichen, schon im Hinblick auf den Ruf, den Herr Petermeyer in journalistischen Kreisen genießt. Wohl aber gab es deutsche Blätter, so schreibt die „Magdeburgische Zeitung", die diesen Quatsch, wie wir es kurz charakterisierten, und diese Gemeinheiten mit Behagen einem verehrlichen deutschen Publikum vorsetzten.

Die „Dena" schreibt: „Es liegt ein unverfälschtes Zeugnis über die Unechtheit des Kaiserinterviews vor, das wohl auch Herr Petermeyer nicht anzuzweifeln wagen wird. Nach einem soeben in Berlin eingetroffenen Telegramm des Grafen Bentinck hat Petermeyer niemals ein Interview mit Wilhelm II. gehabt. Nur einmal, im Sommer 1919 — also vor 1½ Jahren — habe Petermeyer, der sich damals zwecks Stellungssuche in Amerongen aufhielt, und zu diesem Zwecke ein Zeugnis des Grafen Bentinck nachgesucht, ganz wenige Worte mit dem Kaiser gewechselt. Dies, der einfache Tatbestand, aus dem man wohl das Recht ableiten kann, Herrn Petermeyer den Rat zu geben, sich fortan statt Petermeyer lieber Schwindelmeier zu nennen. Im übrigen zur Charakteristik dieses Herrn noch zwei bezeichnende Tatsachen: Er hat nicht nur Kaiserinterviews auf Lager, sondern sogar ein ganzes Buch, das Wilhelm II. zum Verfasser haben soll, und das er auch schon erfolglos loszuschlagen versucht hat. Ferner ist Petermeyer an mehrere Herren mit dem famosen Vorschlag herangetreten, von dem Kaiser eigenhändig gehacktes Holz in Deutschland zu wohltätigen Zwecken zum Verkauf zu bringen.

Ueber die Ziele des Nationalbolschewismus

Bekanntlich hat der Führer der V. K. P. D., Paul Levi, in seiner Reichstagsrede das sofortige militärische Bündnis mit Sowjetrußland verlangt. Innerhalb der V. K. P. D. hat sich daraufhin eine starke Opposition bemerkbar gemacht, die in der Befürwortung der Idee eines militärischen Bündnisses zwischen dem kapitalistischen Deutschland und Räterußland „Nationalbolschewismus" erblickt und ein Eintreten für denselben als konterrevolutionär betrachtet. In der „Roten Fahne" versucht nun der Kommunist Thalheimer eine Rechtfertigung des von Levi und der Kommunistischen Parteizentrale eingenommenen Standpunktes. Er will die Furcht der kommunistischen Opposition, als könnten die Folgen eines derartigen Schrittes den revolutionären Interessen des Proletariats Abbruch tun, zerstreuen. Im Falle eines derartigen Bündnisses würde nämlich seiner Meinung nach nicht das Proletariat, sondern die Bourgeoisie der leidende Teil sein.

„Wenn die deutsche Bourgeoisie zu Sowjetrußland kommt, so kommt sie als die Schwache, Bedrängte zu den Starken. Nicht sie, sondern Sowjetrußland bestimmt dann die Ziele des Bundes. Sowjetrußland kann in dieser Lage mit einer Handbewegung der deutschen Bourgeoisie ihre imperialistischen Gelüste austreiben. Sowjetrußland, als der stärkere Partner, wird die deutsche Bourgeoisie in der Hand haben, nicht umgekehrt. Das heißt, es wird der deutschen Bourgeoisie genau so weit Unterstützung leihen, wie weit das Interesse der Weltrevolution geht.

Auf der anderen Seite ist es Sache des deutschen Proletariats, die Krise revolutionär auszunutzen. Die deutsche Bourgeoisie wird sich zwischen drei Feuern befinden: zwischen Sowjetrußland, der Entente und dem deutschen Proletariat."

Es gibt bekanntlich auch im bürgerlichen Lager Leute, die im Nationalbolschewismus eine neue politische Weisheit zum Wiederaufbau Deutschlands entdeckt zu haben glauben. Sie werden hoffentlich jetzt aus den Auslassungen Thalheimers den Schluß ziehen, daß hierbei der leidende Teil nur die ordnungsliebenden Elemente und der triumphierende Teil die gewissenlosen bolschewistischen Hetzer sein können.

Vermischtes.

Die älteste Zeitung der Welt

existiert in China unter dem Namen King Boo. Sie besteht jetzt gerade 1010 Jahre, denn die erste Nummer erschien im Jahre 911 und seitdem wird jede Nummer im chinesischen Staatsarchiv aufbewahrt. Bemerkenswert ist, daß diese Zeitung heute noch genau so wie vor Jahrhunderten aussieht, und daß in dem langen Zeitraum fünfzehn ihrer Redakteure kurzerhand geköpft wurden, weil der Inhalt des Blattes den maßgebenden Herren der Regierung nicht gefiel.

Wirtschaftlicher Teil.

Die Sparsächse im Reichseisenbahnbetrieb.

Wie wir aus Berlin erfahren, ist in den letzten Sitzungen des Verkehrsbeirates im Reichsverkehrsministerium auch die Frage angeschnitten worden, wie man beträchtliche Ersparnisse im Betriebe der Reichseisenbahn machen könnte. Wie von unterrichteter Seit mitgeteilt wird, hat man dabei zwei Möglichkeiten ins Auge gefaßt: einmal eine **Personalverminderung** und dann die Umstellung des Reparaturwesens. Bei der Personalverringerung wird man nur eine unerhebliche Herabsetzung der Zahl der Beamten vornehmen können, da der technische Betrieb auf den Personen- und Güterbahnhöfen stets ein Mindestmaß von Kräften erfordert, das ohne Gefahr für die Sicherheit auf den Strecken nicht weiter eingeschränkt werden kann. Dagegen wird sich wahrscheinlich eine Verringerung um rund 70 bis 80 000 Hilfsbeamte die früher als Anwärter zu den Arbeitern zählten, vornehmen lassen. Vor allen Dingen aber will man überflüssige Hilfskräfte aus den Betrieben entfernen. Schwieriger ist die Frage einer **Umstellung des Reparaturwesens** zu lösen. Es läßt sich feststellen, daß die Privatindustrie bei Ausbesserungen Preise verlangt, die zum Teil die eigenen Kosten der Reparaturen der Reichswerkstätten bis 45 Prozent überstiegen. Der vor einiger Zeit aufgetauchte Vorschlag, die Reparaturen völlig von Privaten ausführen zu lassen, dürfte deshalb beim Reichsverkehrsministerium keinesmegs auf Gegenliebe stoßen. Man ist vielmehr der Ansicht, daß die Reparaturwerkstätten stärker ausgebaut werden müssen, und ein Projekt, das dem Reichsfinanzministerium vorgelegen hat, beabsichtigt sogar, eigene staatliche Lokomotivfabriken zu errichten, um auf diese Art und Weise die gegenwärtig sehr hohen Verdienste der Privatindustrie auszuschalten.

Amtl. Berliner Devisen-Kurse.

Für drahtliche Auszahlungen	22 Februar Geld	22 Februar Brief	23 Februar Geld	23 Februar Brief
Holland 100 Gulden =	2092.90	2095.10	2072.90	2077.10
Belgien 100 Frk. =	460.50	461.50	457.50	458.50
Norwegen 100 Kr. =	1058.90	1061.10	1061.40	1063.60
Dänemark 100 Kr. =	1098.90	1101.10	1098.90	1101.10
Schweden 100 Kr. =	366.10	368.90	359.60	362.40
Finnland 100 fin. M. =	192.30	192.70	189.90	190.00
Italien 100 Lire =	221.25	221.75	217.75	221.75
England 1 Pfd. St. =	237.00	237.50	235.25	235.75
Amerika 1 Dollar =	60.63	60.77	60.63	60.67
Frankreich 100 Frk. =	441.05	441.95	439.55	440.45
Schweiz 100 Frk. =	1006.45	1008.55	1005.05	1008.05
Spanien 100 Pes. =	840.15	842.85	840.15	841.85
Oesterreich 100 Kr. =	00.00	00.00	00.00	00.00

Kölner Börse.

	22 Februar Geld	22 Februar Brief	23 Februar Geld	23 Februar Brief
Englische Noten	237.75	237.75	235.00	235.50
Frankreich	440.80	441.70	440.00	440.90
Belgien	461.00	462.00	458.00	459.00
Holland	2087.90	2092.10	2067.90	2077.10
Newyork	61.18	61.32	60.43	60.50

Kohlenbericht

des Kreiselektrizitätswerks Schwelm.
Kraftstation Gevelsberg.

Datum	Eingang t	Verbraucht t	Bestand t
23. 2	53	110	768

Verantwortl. für die Schriftleitung: H. Boswinckel
für den Anzeigen- u. Reklameteil: Wilh. Herkenrather
beide in Gevelsberg.



Todes-Anzeige.

Gestern abend 8¼ Uhr entschlief sanft nach längerem Leiden unser inniggeliebter Sohn, Bruder, Schwager und Neffe

Heinrich Weinreich

im blühenden Alter von 27 Jahren und 11 Monaten.

Um stille Teilnahme bittet:

Familie Heinrich Weinreich sen.

Asbeck, den 23. Februar 1921.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 26. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause Asbeck 35 aus, statt.

Trauerfeier ½ Stunde vorher.



Nachruf.

Am 21. Februar verschied im städt. Krankenhause der

Dreher

Gustav Wupper

im Alter von 62 Jahren.

Er war uns ein treuer Mitarbeiter und hat sich durch sein gerades, biederes Wesen die Achtung und Liebe seiner Kollegen und Vorgesetzten erworben. Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.

Die Arbeiter, Angestellten und der Inhaber

der Firma

Jellinghaus & Co.

Bekanntmachung.

Pächter des früheren Weber'schen Grundstücks oberhalb des Betsaals am Vogelsang, die auch für dieses Jahr Garten- bezw. Wiesenland weiter zu pachten wünschen, wollen sich umgehend im Rathaus, Zimmer 22, melden.

Gevelsberg, den 22. Februar 1921.

Der Stadtbaumeister: Kindler.

Bekanntmachung.

Samstag, den 26. Februar 1921, nachm. von 3 Uhr ab, findet in der Hartkottschule eine Untersuchung derjenigen nichtbettlägerigen Kranken statt, die Anspruch auf Vollmilch machen zu können glauben. Es können zunächst nur diejenigen berücksichtigt werden, die sich in die beim Kartenamt geführte Liste haben eintragen lassen.

Bei der außergewöhnlichen Knappheit an Milch kann keine Gewähr dafür geleistet werden, daß die im Umlauf befindlichen Vollmilchkarten täglich in voller Höhe belief rt werden.

Milspe, den 23. Februar 1921.

Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Nach einer Verfügung des Landesfinanzamtes Münster ist der bei dem **Lohnabzug** vorzunehmende Wert der **freien Station** im einzelnen wie folgt zu verteilen:

Für freie Wohnung ohne Naturalbezüge	1/5
für das erste und zweite Frühstück	1/5
für Mittagessen	2/5
für Abendessen	1/5

Schwelm, den 17. Februar 1921.

Finanzamt Schwelm.

Dr. Springorum, Regierungsrat.

Qualitäts-Kaffee

finden Sie stets

frisch gebrannt und preiswert bei

Ww. Ernst Schulte,

Mittelstraße 72. Mittelstraße 72.

Die Anfuhr von Industriekohlen

(von allen Zechen) per Lastwagen übernimmt bei billigster Berechnung

C. Westermann, Kohlenhandlung

Telefon 766. Telefon 766.

Quartettverein „Glocke"

Gevelsberg

Leitung: Herr Musikdirektor Griesenbeck.

Freitag, den 25. Februar 1921,

abends 8 Uhr, im Saale des Hotel „Zur Haufe":

Wohltätigkeits-Konzert

(Stuhlweihen)

zum Besten des Vaterländischen Frauenvereins

für Kinder in Not.

Ausführende:

Herr Anton Schoenmaker
Violin-Virtuose, Barmen

Herr Curt Finkgarden
Bass-Bariton, Dortmund

Herr Musikdirektor Griesenbeck
am Ibach-Flügel (in liebenswürdiger Weise von dem Gesangverein „Gemischter Chor" zur Verfügung gestellt).

Quartettverein „Glocke".



Kavallerie-Verein Gevelsberg.

Samstag, den 26 Februar 1921, abends punkt 8 Uhr, im Hotel „Zur Haufe":

Familienfeier

unter gütiger Mitwirkung des **Doppelquartetts „Rheingold"** und des **Solisten Herrn Rud. Frese.**

Musik: **Hasper Militärmusiker** unter persönlicher Leitung des städtischen Musikdirektors Herrn Henning.

Vortrags-Folge:

1. Empfang der Gäste „Tannhäuser" . . Wagner
2. Ouverture „Egmont" . . . . . Beethoven
3. Das deutsche Lied (Doppelquart. Rheing.) Kalliwoda
4. Duett Act Cop. „Ella" . . . . . Delibes
5. Wald-Idyll aus Tannhäuser (Herr R. Frese) Wagner
6. Große Fantasie aus Tiefland . . . d'Albert
7. a) Fern der Heimat (Doppelquartett Rheingold) Verdi
   b) Das Wandern . . . . . Zöllner
8. Ballett Suite aus Faust und Margarethe . . Gounod
9. Die drei Reiter (Herr R. Frese)
10. Träumereien a. d. Kinderszenen . . . Schumann
11. a) Kärtner Bua (Doppelquartett Rheingold) Koschat
    b) Der sakrische Bua
12. Erinnerung an das deutsche Kavallerielied (Großes Tongemälde von Fr. Rich. Henning).

PAUSE.

Hierauf: **Ball.**

Die Vorstände der hiesigen Kriegervereine sind hierzu herzlichst eingeladen.

Gäste können eingeführt werden.

Zum

Umpressen

Umnähen und Färben von Damenhüten auf neueste Formen in tadelloser Ausführung erbitten wir der rechtzeitigen Lieferung wegen schon jetzt. — —

Gebr. Rosenthal

Gevelsberg.

Ia. Nußkohlen

für Hausbrand liefert prompt

C. Westermann, Kohlenhandlung

Telefon 766. Telefon 766.

Bilder-Ausverkauf.

Ich verkaufe sämtliche oval- und rundgerahmte Bilder mit einem **Nachlaß** von

25 Prozent.

Adolf Strathmann

Inhaber: **J. Knappe**

Mittelstraße 47. Mittelstraße 47.

Zur Frühjahrseinrichtung

empfehlen:

Komplette Badeanlagen, Toiletten, Waschtische, Waschbecken.

Warmwasserbereitungsanlagen

durch Gas- oder Kohlenherdfeuerung unter mässiger Berechnung.

...ner haben wir noch abzugeben:

Einige wenig gebrauchte eiserne **Emaille-Badewannen** und kupferne **Kohlenbadeöfen** zu sehr billigen Preisen.

Carl Schönebeck & Sohn,

Installations-Geschäft

Mittelstrasse 70. Telefon 675.

Mehrere tüchtige

Modellschlosser

sowie

Handformer

zum sofortigen Eintritt gesucht.

Hasper Eisengießerei A.-G., Haspe.

Ein hiesiges Fabrikgeschäft sucht zum baldigen Eintritt ein

tüchtiges

Fräulein

zur Bedienung der Schreibmaschine. Bewerberinnen, welche mit sämtlichen vorkommenden Kontorarbeiten vertraut sind und stenographieren können, wollen sich unter Angabe der bisherigen Tätigkeit und Gehaltsansprüche unter **R. 126** an die Geschäftsst. ds. Ztg. Anfängerinnen zwecklos.

Für das Büro einer hiesigen Fabrik zu möglichst sofortigem Eintritt ein

jüngeres

Fräulein

für Schreibmaschine und leichtere Büroarbeiten gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften unter **B. 563** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Hiesiges, größ. Werk

sucht zum 1. März 1921

Kontoristin,

die bereits eine mehrjährige Tätigkeit, möglichst auf einem Lohnbüro, nachweisen kann und in erster Linie flotte und sichere Rechnerin und bewandert in Stenographie und Maschinenschreiben ist. Schriftl. Angebote unter **F. K. 1921** an die Geschäftsst. dieser Zeitung erbeten.

Zum 1. April wird ein

Dame

gesucht, die gut stenographiert und flott Maschine schreibt. Bewerbe nur mit handschriftlichen Kenntnissen werden berücksichtigt. Nicht-reflektierende brauchen nicht in Frage.

Gebr. Schürhoff, G. m. b. H. Gevelsberg-Vaderloh.

Wegen Heirat des jetzigen zum 15. April ein ordentliches, sauberes, älteres

Mädchen

für Küche und Haushalt gegen guten Lohn gesucht.

Mittelstraße 19, I.

Ev. Dienstmädchen

sofort gesucht.

Frau Leonh. Busch, Hagener Str. 7.

Aelteres, erfahrenes

Zweitmädchen

gesucht, das schon in besseren Häusern gedient hat.

Kölner Straße 7.

Stundenmädchen

auf 3 Tage wöchentlich nach 6 Uhr nachm. gesucht. Zu erfr. in der Geschäftsst.

Zum Reinigen der Büroräume eine

Putzfrau

gesucht. Meldungen

Gevelsberger Stahlwerk Heinr. Dieckerhoff,

Gevelsberg (Schnellmarkt).

Besseres Mädchen mit guten Zeugnissen, im Haushalt und Küche durchaus erfahren, **sucht Stelle.** Angebote unt. **Nr. 222** an die Geschäftsst. ds. Ztg. erbeten.

Eine tüchtige

Pelzmaschinen-Näherin

gesucht.

Hugo Weber,

Gevelsberg, Mittelstr. 32

Student sucht während der Ferien

Beschäftigung

irgendwelcher Art. Angebote u. F. 1909 an die Geschäftsstelle ds. Ztg.

Logis frei.

Zimmerstr. 10, 3 Treppen

Ordentlicher Mann findet

Kost u. Logis.

Asbecker Straße 57.

Ein ... möbl. ...

1 Zimmer m. Gas.

Zu erfr. in der Geschäftsst.



Heute eintreffend:

Nordsee-

Kabliau

(kopflos) p. Pfd. 3,20 M.,

große grüne

Heringe

empfiehlt

Adolf Bertram.

Telephon 698

Heute eintreffend:

Grüne Heringe

Pfund 2,80 Mark.

Fisch- u. Speisehaus,

Hagener Straße 48.



Erhalte heute eine Ladung

Ia. Oldenburger

Faselschweine

und gebe dieselben zu billigen Preisen ab.

Emil Höner,

Lindenstr. 7. Tel. 726.

Strohhüte, Panamahüte

zum Waschen, Färben und Modernisieren erbittet bald

Hugo Weber

Gevelsberg

Mittelstrasse 32.

Grammophon

mit 30 Platten (Friedenswar.) zu verkaufen.

Bahlingshauser Str. 109 ½.

Ev. Kirchengemeinde Gevelsberg

Passionsgottesdienst

fällt heute abend aus.

Pastor Kühne.

Ev. Kirchengemeinde Gevelsberg

Heute abend ½9 Uhr:

Bibelstunde

im Lichtenplatz Stadtmiss. Dilgem.

Für Vereinsliebhaber

empfehle ich

Theaterstücke

wie

Singspiele,
Lustspiele,
Kinderaufführungen

zu allen Gelegenheiten.

Ferner

Couplets

für ein und mehrere Personen in großer Auswahl.

Ad. Strathmann

Inh.: J. Knappe

Buch- u. Musikalienhandlung

Mittelstr. 47.



Fabrik Marke

Kessler's Zigaretten

zu Fabrikpreisen.

Zigarren, Zigarillos,

Ia. Qualitäten.

Rauchtabak

stets frisch.

Strangtabak

feinste Ware.

Vorteilhafte Bezugsquelle.

Zweiggeschäft:

Zigaretten-Comp.

Kessler,

Gevelsberg, Mittelstr. 41

Fabrik und Zentrale,

Hagen i. Westf.

Fernsprecher 459 u. 659.

Grosse Auswahl

in neuen u. getragenen

Anzügen, Ueberzieher, Hosen, Joppen, Hemden, Damen-Kleidung, Schuhen usw. zu staunend billigen Preisen. Teilzahlung gestattet.

Partiew. renommiertes Geschäft

Schwelm, Ostenstr. 19.

---

3 Stck. sehr gutes

Gartenland

umzugshalber zu verkaufen (Lage Schreibergarten-Feuerwache).

Carl Haupt, Feuerstr. 32.

1½ m lange Theke

zu kaufen gesucht.

Bäckerei Killing, Mittelstraße 51.

---

2 ostfriesische Schafkämme und 39 Stachelbeersträucher

zu verkaufen.

Gräbe, Bücherstr. 27.

Für gebrauchte

Möbel u. Herde

zahlt die höchsten Preise

Otto Hembeck

Lager in gebr. Möbeln, Winkelstraße 1, Oberstadt (Marke genügt).

Schanzen

zu kaufen gesucht.

Jellinghaus & Co.